

US-Atomabkommen-Schwindel mit dem Iran: Der Kreis schließt sich

Brian Berletic

Die Hoffnungen auf den Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA), auch bekannt als Iran-Atomabkommen, schienen während der jüngsten Reise von US-Präsident Joe Biden nach Israel weiter zu schwinden.

Der US-Nachrichtensender ABC News behauptet in seinem [Artikel](#) „Biden hat angesichts der stockenden Atomgespräche mit dem Iran nur wenige Optionen“:

Präsident Joe Biden gab ein klares Versprechen in Bezug auf den Iran ab, indem er erklärte, dass das Land unter seiner Führung niemals eine Atommacht werden würde. Doch während seiner Zeit im Weißen Haus ist der Weg zur Einhaltung dieses Versprechens nur noch undurchsichtiger geworden.

Während seiner Reise in den Nahen Osten sagte der Präsident, dass er den Einsatz von Gewalt gegen den Iran nur als „letztes Mittel“ in Betracht ziehen würde, obwohl Israel, der wichtigste Verbündete der USA in der Region, darauf gedrängt hat, dass die Regierung eine „glaubwürdige militärische Drohung“ gegen Teheran ausspricht.

In dem Artikel wird speziell das Iran-Atomabkommen erwähnt und behauptet:

... während die Regierung ursprünglich hoffte, ein „längeres und stärkeres“ Abkommen mit dem Iran abschließen zu können, haben mehr als anderthalb Jahre indirekter Verhandlungen nur wenig Bewegung in Richtung einer Wiederherstellung selbst der ursprünglichen Bedingungen des Abkommens gebracht.

Nach einer monatelangen Pattsituation fand Ende Juni in Doha, Katar, eine 9. Gesprächsrunde statt. Ein Sprecher des Außenministeriums beschönigte das Ergebnis nicht und erklärte, es seien „keine Fortschritte erzielt worden“.

Der einseitige Rückzug der USA aus dem Abkommen durch die Regierung von US-Präsident Donald Trump im Jahr 2018 wird für das Scheitern des Abkommens verantwortlich gemacht. Der Rückzug der Trump-Regierung wurde jedoch lange vor dem Amtsantritt von Präsident Trump [vorgehergesagt](#), und zwar lange bevor US-Präsident Barack Obama das Abkommen überhaupt unterzeichnete. Die jüngsten Aktivitäten von Präsident Biden sind nur der Abschluss eines diplomatischen Schachzugs, der den Iran in eine Falle locken sollte.

Der Atomdeal war immer eine Falle

Als Präsident Obama das Atomabkommen mit dem Iran unterzeichnete, wurde es als Durchbruch in der US-Diplomatie und als Abkehr von den ausgedehnten Angriffskriegen der vorherigen Bush-Regierung gefeiert, die sich auf den Irak und Afghanistan erstreckten und als nächstes den Iran bedrohten.

Das Abkommen wurde 2015 von den USA und dem Iran sowie anderen teilnehmenden Ländern (Großbritannien, EU, Deutschland, Russland, China und Frankreich) unterzeichnet, wie NBC News in seinem [Artikel](#) „Was ist das Iran-Atomabkommen?“ erklärt:

Das Atomabkommen mit dem Iran, das offiziell als „Joint Comprehensive Plan of Action“ bekannt ist, bot Teheran eine milliarden schwere Erleichterung der Sanktionen als Gegenleistung für die Zusage, sein Atomprogramm einzuschränken.

Mit dem Abkommen sollte sichergestellt werden, dass das iranische Atomprogramm ausschließlich friedlich betrieben wird. Im Gegenzug wurden die Sanktionen des UN-Sicherheitsrats und andere Sanktionen aufgehoben, unter anderem in den Bereichen Handel, Technologie, Finanzen und Energie.

Die Verhängung von Sanktionen gegen den Iran durch die USA mit dem Ziel, die Entwicklung von Atomwaffen zu verhindern, war vordergründig problematisch. Die USA sind die einzige Nation in der Geschichte der Menschheit, die zweimal Atomwaffen gegen eine andere Nation eingesetzt hat. Nach der Invasion und Besetzung Afghanistans durch die USA im Jahr 2001 und der Invasion und Besetzung des Irak durch die USA im Jahr 2003 verfügten die USA über militärische Streitkräfte im Westen und Osten des Iran. Die Feindseligkeiten der USA gegenüber dem Iran reichen Jahrzehnte zurück, und das US-Außenministerium hat, unabhängig von der jeweiligen Regierung, keinen Hehl daraus gemacht, dass Washington in Teheran einen Regimewechsel anstrebt, so wie es das in Afghanistan und im Irak getan hat.

Noch schlimmer ist, dass die US-Politiker bereits 2009 einen Plan ausheckten, nach dem die USA dem Iran ein „Abkommen“ anbieten würden, bevor sie es absichtlich sabotieren und sein Scheitern als Vorwand für den von den USA seit langem angestrebten Regimewechsel-Krieg gegen den Iran nutzen würden.

Die in Washington DC ansässige *Brookings Institution*, die von den größten Unternehmens- und Finanzinteressen in der westlichen Welt sowie von westlichen Regierungen und dem US-Außenministerium [finanziert wird](#), veröffentlichte 2009 das [Papier \(PDF\)](#) „Which Path to Persia? Optionen für eine neue amerikanische Strategie gegenüber dem Iran“. Darin formulierten die politischen Entscheidungsträger der *Brookings Institution* ausdrücklich Optionen, die die USA verfolgen könnten, um einen Regimewechsel im Iran zu erreichen.

Diese Optionen wurden in dem **170-seitigen Bericht** in Abschnitte und Kapitel unterteilt und reichten von „Ein Angebot, das der Iran nicht ablehnen sollte: Überredung“ über „Teheran stürzen“ bis hin zu „Alles tun: Invasion“ und „Samtene Revolution: Regime Change“, „Going all the Way: Invasion“ und „The Velvet Revolution: Die Unterstützung eines Volksaufstandes“. Vom Aufstellen diplomatischer Fallen bis hin zur Bewaffnung ausgewiesener terroristischer Organisationen wurde nicht nur alles diskutiert, sondern in den Jahren nach der Veröffentlichung des Papiers auch eine nach der anderen erfolglos umgesetzt. Auf der langen Liste der Optionen verbleiben militärische Optionen, bei denen entweder die USA oder Israel (oder beide) direkt und offen Krieg gegen den Iran führen.

Alles, was dazu nötig ist, ist ein Vorwand, einschließlich des „Angebots“, das die USA gemacht haben, das der Iran aber „abgelehnt“ hat.

„Ein Angebot, das der Iran nicht ablehnen sollte“

In Kapitel 1 mit dem Titel „Ein Angebot, das der Iran nicht ablehnen sollte: Überredung“ erklären die Brookings-Politiker:

... jede Militäroperation gegen den Iran wird wahrscheinlich in der ganzen Welt sehr unpopulär sein und erfordert einen angemessenen internationalen Kontext – sowohl um die erforderliche logistische Unterstützung für die Operation zu gewährleisten als auch um den Rückschlag zu minimieren, den sie nach sich ziehen würde.

In dem Papier wurde dann dargelegt, wie die USA der Welt als Friedensstifter erscheinen und den Verrat des Irans an einem „sehr guten Abkommen“ als Vorwand für eine ansonsten zurückhaltende militärische Reaktion der USA darstellen könnten:

Der beste Weg, um die internationale Schande zu minimieren und die Unterstützung zu maximieren (wie auch immer diese ausfallen mag), besteht darin, erst dann zuzuschlagen, wenn die weit verbreitete Überzeugung besteht, dass den Iranern ein hervorragendes Angebot gemacht wurde, das sie dann aber abgelehnt haben – ein so gutes Angebot, dass nur ein Regime, das entschlossen ist, Atomwaffen zu erwerben und dies aus den falschen Gründen, es ablehnen würde. Unter diesen Umständen könnten die USA (oder Israel) ihre Maßnahmen mit Besorgnis und nicht Zorn begründen, und zumindest einige in der internationalen Gemeinschaft würden zu dem Schluss kommen, dass die Iraner es „selbst verschuldet“ haben, indem sie ein sehr gutes Angebot abgelehnt haben.

Das Iran-Atomabkommen war zum Scheitern verurteilt, bevor es überhaupt unterzeichnet wurde. Er war ausschließlich als Vorwand für einen Krieg gedacht, nicht als diplomatische Lösung, um diesen zu vermeiden.

Falsche Hoffnung über mehrere US-Präsidentschaften hinweg

In vielerlei Hinsicht wäre der Iran töricht, wenn er keine ausreichende militärische Abschreckung gegen eine Aggression der USA schaffen würde, einschließlich der Entwicklung von Atomwaffen, falls erforderlich. Dennoch hat der Iran den Bedingungen des Atomabkommens zugestimmt und sich bis zur einseitigen Aufkündigung des Abkommens durch die USA im Jahr 2018 an das Abkommen gehalten.

Nach dem Ausstieg der USA aus dem Abkommen hielt sich der Iran zusammen mit den anderen Unterzeichnern sogar weiterhin an viele der Bedingungen, in der vergeblichen Hoffnung, dass das Abkommen unter einer neuen US-Regierung gerettet werden könnte.

Als US-Präsident Joe Biden sein Amt antrat, hätte der offensichtliche erste Schritt Washingtons darin bestehen sollen, dem Abkommen bedingungslos wieder beizutreten, indem die Sanktionen aufgehoben werden, gefolgt von einer erneuten und vollständigen Einhaltung der Bedingungen des Abkommens durch den Iran. Doch die USA verlangten zuerst die Einhaltung der iranischen Bedingungen, bevor sie sich überhaupt bereit erklärten, über die Rückkehr Washingtons zu dem Abkommen zu verhandeln.

Schon lange bevor Präsident Obama seine Unterschrift unter die Dokumente des Abkommens setzte, war klar, dass die USA das Abkommen sabotieren und dem Iran die Schuld geben würden,

um dann eine erneute und erweiterte Aggression gegen den Iran direkt, durch Stellvertreter oder beides zu verfolgen. Präsident Trump nutzte 2018 die amerikanische Innenpolitik und den Eindruck, dass die „Republikaner“ in den USA eine härtere Gangart gegenüber dem Iran anstreben, um das Abkommen aufzukündigen. Da Präsident Trump als „Außenseiter“ sowohl in seiner eigenen Partei als auch in der US-Politik insgesamt wahrgenommen wird, konnten die USA die Schuld direkt auf seine Regierung abwälzen. Die Kontinuität dieser Strategie über die verschiedenen Präsidentschaften hinweg zeigt sich jedoch darin, dass Präsident Biden bei seinem Amtsantritt die USA nicht sofort und bedingungslos in den Rahmen des Abkommens zurückführte.

Stattdessen verhinderte die Regierung von Präsident Biden die Rückkehr Amerikas zu dem Abkommen, indem sie unzumutbare Vorbedingungen stellte, die ausschließlich dem Iran auferlegt wurden. Mit der Erklärung von Präsident Biden in Israel und der jüngsten Behauptung des nationalen Sicherheitsberaters der USA, Jake Sullivan, dass der Iran sich darauf vorbereite, Russland mit Drohnen zu beliefern, schließen die USA die Tür zu dem Abkommen auf unbestimmte Zeit.

Ein weiterer Beweis für die Kontinuität zwischen den US-Regierungen ist die von den USA angeführte Destabilisierung, Invasion und Besetzung Syriens. Die Kampagne war als eine von mehreren Voraussetzungen gedacht, die Experten der *Brookings Institution* im Jahr 2009 genannt hatten, bevor ein direkter Regimewechsel gegen den Iran versucht wurde. Ironischerweise führte die Obama-Regierung, die sich mit der Unterzeichnung des Iran-Atomabkommens gegenüber dem Iran veröhnlich zeigte, einen verheerenden Stellvertreterkrieg gegen den wichtigsten Verbündeten des Iran in der Region, Syrien.

Die Unterstützung der US-Aggression in Syrien erfolgte über mehrere Präsidentschaften hinweg, von der Bush-Regierung, die die Voraussetzungen dafür schuf, über die Obama-Regierung, die die Anfangsphase der Feindseligkeiten und der Besetzung leitete, bis hin zur Trump- und jetzt zur Biden-Regierung, die die US-Militärpräsenz in Syrien zusammen mit einer Politik der Verweigerung der für Syrien wichtigen Treibstoff- und Nahrungsmittelproduktion im Osten aufrechterhalten, um den Wiederaufbau zu blockieren. Die US-Außenpolitik gegenüber Syrien und Iran sollte nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Das Schicksal beider Länder ist miteinander verwoben und verdeutlicht die umfassendere Agenda, die die USA in der Region verfolgen, und zwar seit Jahrzehnten, unabhängig von der jeweiligen US-Regierung.

Ohne eine grundlegende Neuordnung der amerikanischen außenpolitischen Ziele und eine Neuordnung der sie antreibenden Sonderinteressen werden die Erfolgsaussichten des Iran-Atomabkommens in weite Ferne rücken. Auch wenn die Geduld Teherans bewundernswert ist, müssen sich der Iran und seine Verbündeten auf die unvermeidlichen Feindseligkeiten vorbereiten, die auf den Vorwurf der USA an Teheran folgen werden, ein Abkommen zu „unterminieren“, das die USA von vornherein nie einhalten wollten.